



NIEDERSÄCHSISCHER LANDTAG

Christian Dürr

Mitglied des Landtages
Umweltpolitischer Sprecher
der FDP-Landtagsfraktion

Wahlkreisbüro

Brookdamm 40
27777 Ganderkesee
Tel.: (04222) 400 0850
Fax: (04222) 400 0860

Landtagsbüro

Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1
30159 Hannover
Tel.: (0511) 3030-3405
Fax: (0511) 3030-99-3405

Mobil: (0177) 372 6186

E-Mail: mail@christian-duerr.de

Internet: www.christian-duerr.de

Rede zum Antrag **Gaspreise wirkungsvoller kontrollieren und begrenzen**

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 15/2232 (Erste Beratung)

72. Sitzung des Niedersächsischen Landtags am 7. Oktober 2005

Christian Dürr (FDP):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Wir alle sind der Auffassung, dass die Preissteigerungen im Gasbereich die Verbraucher stark belasten. In Zeiten, in denen die Verunsicherung ohnehin groß ist, tragen steigende Fixkosten sowohl für Mieter als auch für Eigenheimbesitzer leider zu einer Verstärkung dieser Verunsicherung bei. Deswegen muss sich die Politik die Frage stellen, woran das eigentlich liegt.

Schauen wir uns deshalb doch einmal die Entwicklung der Gaspreise an. Aber schauen wir uns zuerst einmal an, was rote und auch grüne Politiker in der Vergangenheit zu diesem Thema gesagt haben. Ich beziehe mich durchaus auf die jüngste Vergangenheit und möchte den Kollegen Jüttner zitieren. Er hat am 22. Juni im Plenum wörtlich erklärt:

„Herr Gansäuer, Ihre Einschätzung, dass hohe Energiepreise für eine Wirtschaft per se schlecht seien, ist falsch. Fragen Sie fundierte Ökonomen. Sie werden Ihnen deutlich machen, dass die Länder mit hohen Energiepreisen in bestimmten Phasen die produktivste Ökonomie hatten. Ich sage das nur, damit sich so etwas nicht verfestigt.“

(Walter Meinhold [SPD]: Das stimmt doch!)

Ich will mit den Zitaten weitermachen. Der BMUPressedienst meldete am 27. Oktober 1999 – nach einem Jahr rot-grüner Umweltpolitik - wörtlich:

„Ziel der Ökosteuer sei es, umzusteuern zugunsten von Arbeit und Umwelt: Die Kosten für den Faktor Arbeit würden gesenkt,“

- wie gut das geklappt hat, wissen wir alle –

„im Gegenzug werde der Verbrauch von Energie und Rohstoffen verteuert.“

Weiter, BMU-Pressedienst, ein Jahr später:

„Kernstück der Energiewende ist die ökologische Steuerreform, mit der in moderaten Schritten Energie teurer und Arbeit billiger wird.“

Und, meine Damen und Herren, Herr Trittin hat Wort gehalten: Das Aufkommen aus der Erdgassteuer hat sich von 1998 bis zum Jahr 2004 mehr als verdoppelt, von 1,5 auf über 3 Milliarden Euro. Noch zum 1. Januar 2003 hat die rot-grüne Bundesregierung die Erdgassteuer um über 50 % erhöht - und das alles zulasten der Verbraucherinnen und Verbraucher, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU - Klaus-Peter Dehde [SPD]: Auf wie viel?)

Ich frage Sie, Herr Hagenah: Was wollen die Grünen denn nun eigentlich? - In der Überschrift Ihres Antrages steht, dass Sie die Gaspreise begrenzen wollen. Warum erklären dann grüne Politiker immer wieder öffentlich, wie wertvoll steigende Energiepreise sind? Was gilt nun, Herr Hagenah?

(Beifall bei der FDP und bei der CDU - Zurufe von den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, man muss sich bei dem, was man im Landtag fordert, auch an seinem Handeln messen lassen, sonst sind solche Anträge nichts als Augenwischerei.

(Hans-Dieter Haase [SPD]: Das gilt auch für Liberale!)

Mit In-Kraft-Treten des Energiewirtschaftsgesetzes hat in der Gaswirtschaft eine neue Epoche begonnen; der Kollege Dinkla hat das vorhin schon deutlich gemacht. Ziele einer marktwirtschaftlichen Regulierung sind mehr Wettbewerb und schließlich sinkende Netzentgelte. Steigende Rohstoffpreise kann die Politik natürlich nicht verhindern. Sie kann aber die Rahmenbedingungen so setzen, dass Wettbewerb möglich wird. Deswegen muss man sich schon die Frage stellen, wie abhängig man sich beim Erdgas besonders von *einem* Exportland macht. Herr Schröder hat sich für das russischdeutsche Pipelineprojekt ja öffentlich sehr feiern lassen. Am Ende wird Deutschland vom russischen Erdgas noch stärker abhängig sein als zuvor, weil der Anteil an der Stromproduktion laut Rot-Grün erklärtermaßen stark steigen soll.

Die Zeche, meine Damen und Herren, werden am Ende die Verbraucherinnen und Verbraucher zahlen - entweder durch höhere Strom- oder durch höhere Erdgaspreise. Ich möchte noch einen weiteren wichtigen Punkt ansprechen, und zwar die Fusion von Ruhrgas und E.ON. Ich finde es schon merkwürdig, wenn Sie öffentlich Krokodilstränen darüber vergießen, dass es im Gasmarkt immer mehr Monopole gibt. Gegen jeden Expertenrat und vor allem gegen das Bundeskartellamt, meine Damen und Herren, hat Ihre Bundesregierung diese Megafusion durchgedrückt. Das hat dem Wettbewerb geschadet. Auch hier zahlt am Ende der Verbraucher die Zeche.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Ich will Ihre Politik im Energie- und Gasbereich kurz zusammenfassen: Erstens. Sie wollten Preissteigerungen, auch im Gasbereich. Das haben Sie immer wieder öffentlich erklärt. Zweitens. Sie sind verantwortlich für die stark gestiegene steuerliche Belastung beim Gas. Drittens. Erst Ihre Politik in Berlin hat es erlaubt, dass sich die ohnehin große Marktmacht einiger Weniger beim Gas noch verstärkt hat. Ich hoffe, meine Damen und Herren, dass eine neue Bundesregierung einen

anderen Kurs einschlägt, hin zu mehr Verbraucherschutz - das ist ja immer das große Ziel der Grünen, aber in Wirklichkeit machen sie das Gegenteil - und vor allem hin zu mehr Wettbewerb. Wenn Sie so tun, als ob Sie Verbraucherinteressen vertreten, dann ist das schlicht und einfach unredlich.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

[...]

Vizepräsident Ulrich Biel:

Auch die FDP-Fraktion hat nach § 71 Abs. 2 unserer Geschäftsordnung um zusätzliche Redezeit gebeten. Herr Dürr, ich erteile Ihnen eine Redezeit von zwei Minuten.

Christian Dürr (FDP):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Kollege Hagenah, Sie brauchen überhaupt keinen Dissens aufzumachen, wo keiner ist. Wir sind absolut für Wettbewerb. Das habe ich hier im Plenum wohl hundertmal erklärt. Ich habe auch im persönlichen Gespräch immer wieder deutlich gemacht, dass wir sehr auf Ihrer Seite kämpfen. Das ist gar keine Frage. Es muss aber doch erlaubt sein, zur Wahrheit zu stehen und zu sagen, dass die Bundesregierung mit der Fusion von E.ON und Ruhrgas genau das Gegenteil getan hat.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Das muss man doch ehrlicherweise einmal sagen dürfen. Sie hat das Gegenteil von Wettbewerb getan. Wenn ich Ihren Antrag und Ihre Ausführungen von eben richtig verstehe, kritisieren Sie diese Politik der Bundesregierung. Ich würde mich freuen, wenn die Roten und Grünen im Parlament deutlich machen, dass die Bundesregierung hier Fehler gemacht hat. Zum Thema Steuern und Abgaben beim Erdgas: Zur Wahrheit gehört dazu, dass dabei allein 30 % an Vater Staat gehen. Die Erdgassteuer wurde zum 1. Januar 2003, wie ich es vorhin gesagt habe, um 50 % erhöht. Eine 50-prozentige Steuererhöhung beim Erdgas! Auch das muss man doch

zur Wahrheitsfindung an dieser Stelle ehrlicherweise beitragen. Beim Thema Wettbewerb sind wir uns deutlich einig. Aber wir müssen hier den Staat ein Stück weit wieder zurückdrängen und deutlich machen, dass mit dem Geld Haushaltslöcher in Berlin gestopft wurden, das am Ende die Verbraucherinnen und Verbraucher gezahlt haben. Das ist ehrliche Verbraucherpolitik. Das Geld haben die Verbraucher bezahlt. Das muss man hier einmal sagen dürfen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Quelle: Stenographischer Bericht der 72. Sitzung des Niedersächsischen Landtags, herausgegeben am 20.10.2005.